

Universitäts- und Landesbibliothek Bonn

[3.] Forschungsinstitute

Urkunde über die König-Friedrich-August Stiftung für wissenschaftliche
Forschung zu Leipzig

Lamprecht, Karl

o.D. [1914]

urn:nbn:de:hbz:5:1-152757

U r k u n d e
über
die Stiftung für wissenschaftliche Forschung
zu L e i p z i g .

§ 1.

Die Unterzeichneten errichten kraft dieser Urkunde
eine rechtsfähige Stiftung unter dem Namen

"Stiftung für wissenschaftliche Forschung
zu Leipzig."

Die Stiftung bezweckt die Förderung wissenschaftlicher For-
schung und insbesondere die Gewährung von Beiträgen zur Un-
terhaltung staatlicher Forschungsinstitute.

Sie hat ihren Sitz in Leipzig.

§ 2.

Vorstand der Stiftung ist der Königliche Kreishaupt-
mann zu Leipzig und im Falle der Behinderung sein amtlicher
Stellvertreter.

§ 3.

Das Vermögen der Stiftung besteht aus den in der
Beilage A verzeichneten und den künftighin etwa der Stif-
tung zuzuwendenden Werten.

Die Vermögensverwaltung führt das Königliche Rent-
amt für die Universität Leipzig.

§ 4.

Das Stiftungsvermögen ist unvermindert zu erhalten,
soweit nicht ein Stifter bei seiner Zuwendung etwas anderes
bestimmt.



§ 5.

Über die Erträgnisse des Stiftungsvermögens verfügt zu dem in § 1 Absatz 2 bezeichneten Zwecke unter Berücksichtigung der etwa bei einer Zuwendung getroffenen Bestimmungen ein Verwaltungsrat, welchem indes keine Einwirkung auf die innere Organisation und den wissenschaftlichen Betrieb der aus Stiftungsmitteln unterstützten Forschungsinstitute zukommt.

§ 6.

Der Verwaltungsrat besteht aus

1. dem Stiftungsvorstande als Vorsitzendem,
2. dem Rektor der Universität Leipzig,
3. dem Syndikus des Akademischen Senates der Universität,
4. dem Sekretär der philologisch-historischen Klasse der Königlich Sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften,
5. dem Oberbürgermeister zu Leipzig und im Falle der Behinderung seinem amtlichen Stellvertreter, solange die Stadt Leipzig der Stiftung einen jährlichen Beitrag von mindestens 20 000 Mark gewährt,
6. den Direktoren der aus Stiftungsmitteln bedachten Forschungsinstitute und
7. den Vertretern der Stifter nach Massgabe des § 7.

§ 7.

Als Vertreter der Stifter (vgl. § 6 Ziffer 7) gehört dem Verwaltungsrate an, wer der Stiftung mindestens 150 000 Mark zugewendet hat.

Die Vertreter der übrigen Stifter werden von diesen, soweit sie mindestens 3000 Mark gestiftet haben, aus



er-
Be-
en
in-
ft-
For-
ihrer Mitte derart gewählt, dass je auf volle 150 000
Mark gestifteter Summe ein Vertreter entfällt.

Die Wahl erfolgt in einer Versammlung unter Lei-
tung des Stiftungsvorstandes, der die nach Absatz 2 wahl-
berechtigten Stifter, so oft eine Wahl nötig wird, dazu
mindestens eine Woche vorher schriftlich einzuladen hat.

Die Versammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens
die Hälfte aller wahlberechtigten Stifter persönlich
oder durch Bevollmächtigte mit schriftlichem Ausweise
erschieden und mindestens die Hälfte aller gestifteten
Summen vertreten ist.

si-
e
en-
Mangelt der Versammlung die Beschlussfähigkeit,
so hat der Stiftungsvorstand die wahlberechtigten Stif-
ter zu einer zweiten Versammlung mit dem Hinweise dar-
auf einzuladen, dass diese Versammlung unter allen Um-
ständen beschlussfähig ist.

er
ange
Bei-
n
Jeder wahlberechtigte Stifter hat eine Stimme. Be-
trägt die von einem Stifter gespendete Summe mehr als
25000 M, so tritt für jede weiteren auch nur angefangenen
25000 M eine Stimme hinzu; doch kann kein Stifter mehr
als den dritten Teil aller Stimmen auf sich vereinigen.

Für die Wahl entscheidet einfache Stimmenmehrheit
und bei Stimmengleichheit das vom Stiftungsvorstande zu
ziehende Los.

ge-
s
Die Wahl gilt auf Lebenszeit; doch ist jeder Ge-
wählte berechtigt, die Wahl abzulehnen oder späterhin aus
dem Verwaltungsrate auszutreten.

ie-
s
Der Zuwendung der in Absatz 1 und 2 bezeichneten
Summen steht die Zusage und Sicherstellung eines ihren
Zinsertrag nach 4 vom Hundert ausmachenden Jahresbei-
trages gleich.

§ 8.

Der Stiftungsvorstand hat die Mitglieder des Verwaltungsrates zu einer Sitzung jährlich einmal und überdies so oft als nötig mindestens eine Woche vorher schriftlich unter Angabe der Beratungsgegenstände einzuladen.

Er muss das tun, wenn drei Mitglieder schriftlich darauf antragen.

Der Verwaltungsrat ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig und beschließt mit einfacher Stimmenmehrheit.

Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 9.

Die vorstehenden Bestimmungen können -abgesehen von dem Falle des § 87 des Bürgerlichen Gesetzbuches-vom Königlichen Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts mit Zustimmung des Verwaltungsrates geändert werden.

L e i p z i g, am